

### **WiR fördern Gerechtigkeit Teil 1**

Einig sind sich alle Fraktionen, dass es die eine oder andere Straße in unserer Gemeinde gibt, welche in einem besseren Zustand gebracht werden sollte.

Im Falle einer grundhaften Erneuerung, wenn eine Straße also nicht mehr einfach oberflächlich wieder repariert werden kann, entfallen hierbei auf die Anlieger entsprechende Kostenanteile.

„WiR möchten jedoch, dass die Kosten auf die Gesamtlebenszeit der Straße gesehen, möglichst gering sind“, erläutert Fraktionsgeschäftsführer Martin Heß und ergänzt: „Die Lösung soll laut SPD und CDU über wiederkehrende Straßenbeiträge gestaltet werden, da diese angeblich solidarisch sind.“

### **WiR haben uns diese Augenwischerei genauer angeschaut:**

Wenn jede Straße über die Jahrzehnte hinweg einmal grundhaft erneuert wird und der Eigenanteil für die Bürger gleich bleibt, dann ist die Belastung für alle gleich groß, egal, ob die Summe auf einmal fällig wird oder verteilt auf mehrere Jahrzehnte.

Die Verteilung auf die Laufzeit ist also schon mal kein Indiz für mehr Gerechtigkeit“, stellt Martin Heß fest und führt weiter aus „Die wiederkehrenden Straßenbeiträge sind sogar zu tiefst ungerecht. Personen, welche jetzt schon an vielbefahrenen Landstraßen wohnen und bis dato keinen Anteil zahlen mussten, sollen zukünftig auch zahlen.“

Auch wenn die Straßenbeiträge möglichst zweckgebunden eingesetzt werden sollen, besteht auf Grund der schwierigen Abgrenzung der Arbeiten rund um Straßen, Gehwege, Parkplätze und Grünanlagen, welche teils durch den Bauhof übernommen werden, Herausforderungen in der internen Verrechnung der Kosten, welche zumindest das Risiko erhöhen, dass Kosten, welche originär gar nicht zurechenbar wären, plötzlich den Bürgern über diese neue Belastung auferlegt werden. Da diese Zusatzbeiträge wahrscheinlich je Jahr nur ein paar Euro sein werden, würde hier keine Kontrolle durch die Bürger, wie im Falle einer Einzelabrechnung entstehen. Bei letzterer würden die Kosten durch die Betroffenen jedoch sicher ganz genau geprüft.

Hieraus entsteht ebenfalls der Anreiz wild drauf los zu bauen. Je mehr gebaut wird, umso höher die Belastung der Bürger über die Laufzeit. Positiv könnte man anführen, dass dann endlich die Straßen erneuert werden. Man übersieht hierbei jedoch leicht, dass die Einwohner nun dafür die Zeche zahlt, dass die Straßen in den letzten Jahrzehnten SPD Regierung sträflich vernachlässigt wurden. Ansonsten gäbe es den Sanierungsstau, welcher gerade von deren Koalitionspartner jahrelang angekreidet wurde, gar nicht und den Anliegern würden keine direkten Kosten entstehen, da Sanierungen eben gerade nicht auf die Anwohner umgelegt werden.



Die Bereitstellung einer funktionierenden Infrastruktur ist vielmehr Aufgabe der gesamten Gemeinde. Wenn diese Kosten über den Haushalt getragen werden, zahlen hierfür alle, genau wie auch alle profitieren.

Stattdessen sollen nach Willen der GroKo nun im Rahmen der Einführung der wiederkehrenden Straßenbeiträge willkürliche Haftungsgemeinschaften gebildet werden.

Ein fiktives Beispiel für mögliches Abrechnungsbezirke: Roßdorf, Grunderhausen Ortskern, Stetteritz. Wenn in Gundernhausen die Nordhäuser Straße grundhaft erneuert wird, zahlt der Gundernhausener Ortskern allein die Kosten. Die Bewohner des Stetteritz, welche diese Straße ebenfalls sicher intensiv nutzen, würden nicht belastet. Auch fährt sicher jeder Gundernhausener regelmäßig auf Straßen innerhalb des Stadteils Roßdorf und umgekehrt. Und diese Kostenverteilung ist nun solidarisch?

Weitere Gründe warum das Modell ungerecht und am Ende sogar für alle teurer ist, erläutern *WiR* in der nächsten Ausgabe des Roßdörfer Anzeigers. Selbstverständlich finden Sie den gesamten Bericht jedoch auch jetzt schon auf unserer Webseite unter [www.wir-in-rossdorf.de/aktuelles](http://www.wir-in-rossdorf.de/aktuelles).

Fraktion *WiR* – Wir in Roßdorf  
vertreten durch Martin Heß